

Beschluss des Landrats vom 26.09.2024

Nr. 740

17. Steuerliches Potential einer Erbschafts- und Nachlasssteuer 2024/148; Protokoll: pw, ps

Ronja Jansen (SP) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

Ronja Jansen (SP) sagt, bei der gestrigen Präsentation des Aufgaben- und Finanzplans (AFP) sei eindrücklich zu sehen gewesen, dass sich der Kanton momentan in einer miserablen finanziellen Lage befinde. Die steuerpolitischen Fehler der Vergangenheit müssen deshalb aufgearbeitet werden. In diesem Rahmen muss auch eine Erhöhung der Erbschaftssteuer ins Auge gefasst werden. Soll eine solche Steuerrevision ernsthaft angepackt werden, dann braucht es Erfahrungswerte und Zahlen zum zusätzlichen Einnahmepotential. Genau deshalb wurde die Interpellation eingereicht. Bedauerlicherweise wurde sie aber nicht wirklich beantwortet. In der Interpellation wird gefragt, von welchen Steuereinnahmen die öffentliche Hand in den letzten fünf Jahren profitiert hätte, wenn auf die Erbschaftssteuerrevisionen der letzten 25 Jahre verzichtet worden wäre. Die Antwort des Regierungsrats beachtet aber nur die letzte Erbschaftssteuerrevision von 2010 und ignoriert die grosse Erbschaftssteuerreform von 2001, bei der wirklich der grosse Teil der Gelder weggefallen ist. Ronja Jansen möchte gerne vom Regierungsrat wissen, weshalb die Antwort nicht so geliefert wurde. Ist dies vergessen gegangen? Sie bittet zudem, die Zahlen möglichst schnell nachzuliefern.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) nutzt die Gelegenheit, etwas zur Finanzlage zu sagen, und bittet darum, nicht den Teufel an die Wand zu malen. «Don't panic», wie es heisst. Dies gilt auch für die linke Seite. Der Redner ist persönlich der Meinung, dass der Kanton steuerlich gut aufgestellt ist. In den kommenden vier Finanzplanjahren sollen bei den Einkommens- und Vermögenssteuern sowie den Steuern der juristischen Personen, den Gewinn- und Kapitalsteuern Mehrerträge von CHF 307 Mio. erzielt werden können. Der Anstieg beträgt etwa 15 %. Mit anderen Worten: Die Steuererträge steigen auch in Bereichen, in denen es in der Vergangenheit immer wieder Steuerreformen gab. Sie steigen trotz der Steuerreform 2017 und trotz der Vermögenssteuerreform. Nicht «trotz» ist gemeint, sondern «wegen», weil der Redner überzeugt ist, dass die Leute mit den hohen Vermögen und Einkommen als Folge dieser Reformen hierbleiben. So bleibt der Kanton attraktiv. Tatsache ist, dass die Ausgaben jedoch viel stärker wachsen als die Steuererträge. Das ist das Problem – es gibt ein Ausgabe- und kein Einnahmeproblem. Dies hat der Redner bereits gestern mehrmals wiederholt. Ein Einnahmeproblem kann lange herbeigeredet werden, aber es ist trotzdem keines. Es wurde versucht, zu schätzen, was eine Nachlassbesteuerung in etwa ergeben könnte. Nur noch ein Kanton – Solothurn – hat diese. Es ist nicht möglich, dies zu schätzen, da die entsprechenden Grundlagen fehlen. Schätzungen erfolgen über vier Jahre. Diese nehmen BAK Economics aufgrund ihrer Berechnungsmodelle vor und nicht der Kanton. Nun aber zurückzurechnen, was während 20 Jahren eingenommen worden wäre mit einer Steuer, ist doch eher abenteuerlich. Dies wäre interessant, aber die gelieferten Zahlen sollten Hand und Fuss haben. Deshalb die Aussage der Steuerverwaltung, dass keine mutmasslichen Steuerausfälle seit einer Revision von 2001 berechnet werden. Das wäre unseriös und ist die Begründung, weshalb keine konkreten Zahlenschätzungen abgegeben werden konnten.

Ronja Jansen (SP) ist noch einmal etwas enttäuscht über diese Antwort. Selbstverständlich wächst der Kanton und heute wohnen mehr Leute im Baselbiet als vor 20 Jahren und auch die

Wirtschaftsleistung in der ganzen Schweiz hat in dieser Zeit zugenommen. Das bedeutet natürlich höhere Steuereinnahmen. Die Zahlen zeigen jedoch, dass die Steuereinnahmen offensichtlich nicht mit dem Ausgabenwachstum, das überdimensioniert grösser ist als die Einnahmen, Schritt halten können. Im letzten Jahr gab es einen Mehrbedarf an Lehrpersonen von 50 zusätzlichen Personen. Das zeigt doch auf, dass der Kanton wächst und dass der Bedarf an finanziellen Mitteln zunimmt, damit das heutige Leistungsniveau aufrechterhalten werden kann. Der Kanton wird grösser. Deshalb müssen auch die Steuereinnahmen zunehmen.

Es wird dargestellt, als wäre es nicht möglich, die Frage zu beantworten. In der Interpellationsantwort steht etwas ganz Anderes: Es steht nicht, dass man die Zahlen ab 2001 nicht schätzen kann, sondern die Steuerreform von 2001 wird überhaupt mit keinem Wort erwähnt und somit komplett ignoriert. Es wird nur über die Reformen von 2009 oder 2010 gesprochen. Offensichtlich hat man vergessen, zu berücksichtigen, dass 2001 die Erbschaftssteuern für direkte Nachkommen gesenkt wurden. Dies erscheint besorgniserregend. Deshalb ging man nicht darauf ein. Aber sich jetzt herauszureden und zu sagen, dies könne nicht ausgerechnet werden, erscheint billig. Vielleicht kann man der Rednerin einen Hinweis geben – braucht es nochmals eine Interpellation oder Fragen in der Fragestunde, damit sie die Antworten auf ihre Frage erhält?

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) muss in gewissen Situationen zuerst durchatmen, bevor er Antwort gibt. Der Redner weiss, dass es 2001 eine Steuerreform gab, wie 2007, 2009, 2011 und 2013. Es wurde einmal zuhause eines ehemaligen Fraktionskollegen der Rednerin eine umfangreiche Interpellationsantwort abgegeben, in der sämtliche Reformen im Steuerbereich detailliert aufgelistet wurden. Der Redner bittet, dort nachzusehen. 2001 wurde in der jetzigen Beantwortung nicht erwähnt. Es ist schwierig, zurückzurechnen. Dasselbe gilt auch für 2009, weil man von Hypothesen ausgehen muss. Welche Vermögen hätten besteuert werden müssen und welche Erben wären beteiligt gewesen?

Zum Bevölkerungswachstum: Dieses nimmt zu und der Staat muss Mehrleistungen erbringen. Es gibt auch Steuermehrerträge. Je nach Art des Wachstums steigen die Steuererträge sogar noch stärker oder schwächer. Es ist eine Tatsache, dass die Kostensteigerung gerade im Gesundheitsbereich sehr gross ist – die Patientenzahl nimmt zu, die Behandlungsmöglichkeiten werden besser, es wird mehr behandelt und von einer Überversorgung in der Region gesprochen, die Medikamentenpreise sind gestiegen und die Tarifierung zieht nicht mit. Es gibt zahlreiche Positionen mit einem Kostenwachstum. Zudem weist der Redner auf die Sonderschulung hin – gestern sagte der Redner bereits, ein Hauptanstieg der Kosten findet sich dort. Ob das mit dem Zuzug oder mit dem Bevölkerungswachstum zu tun hat, weiss der Redner nicht. Das Ziel ist, wie der Redner sagte, hinzuschauen, die Wirtschaftlichkeit und die Leistung zu überprüfen, ebenso die Effizienz, auch im Bereich der Sonderschulen. Das heisst mit anderen Worten, man kann nicht einfach sagen: Anzahl Bevölkerung gleich Anzahl Mitarbeitende im Kanton oder gleich Anzahl Steuererträge. So linear funktioniert das Leben nicht.

://: Die Interpellation ist erledigt.
